



**Landesgruppe
Schleswig-Holstein**

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Frischer Wind und Erfahrung für Schleswig-Holstein

Bericht der CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein
im Deutschen Bundestag



Liebe Leserinnen und Leser,

die CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein ist Botschafter und Sprachrohr Schleswig-Holsteins in Berlin. Wir sind die Vertreter der Menschen in unserem Bundesland. Mit neun Bundestagsabgeordneten sind wir stärker vertreten als in den letzten Wahlperioden. Wir konnten wichtige Positionen besetzen, die uns die Möglichkeit geben, die christlich-liberale Koalition auf Bundesebene maßgeblich mitzugestalten. Mit Wolfgang Börnsen stellen wir weiterhin den Medien- und Kulturpolitischen Sprecher der Union. Aus unserer Mitte kommen außerdem drei Mitglieder im Fraktionsvorstand und drei Ausschuss-Obleute sowie ein Mitglied der Bundesregierung. Gleich vier neue Abgeordnete bringen außerdem frischen Wind mit nach Berlin und besetzen außerdem neue Schwerpunkte wie Bildung und Forschung, Verteidigung oder Arbeit und Soziales, deren zukünftige Ausrichtung auch für Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung ist.

Wie die letzte Bundestagswahl stand auch das erste Regierungsjahr noch unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir haben diese Krise erfolgreich bewältigen können. Von den Konjunkturpaketen bis hin zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz waren es auch die Maßnahmen der unionsgeführten Bundesregierung, die negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt abgefedert und die Konjunktur belebt haben. Wie erfolgreich dieses Krisenmanagement gewesen ist, hat sich erst in den letzten zwei Monaten wirklich gezeigt: Die Arbeitslosigkeit ist weiter gesunken. Die Wirtschaft wächst deutlich stärker als erwartet und das entgegen dem Trend in anderen großen Industrienationen wie den USA.

Wenn wir etwas aus dieser Krise gelernt haben sollten, dann, wie existentiell wichtig solide Staatsfinanzen sind. Die Bundesregierung hat deshalb das größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik vorgelegt. Die weitere Haushaltskonsolidierung wird eine unserer wichtigsten Aufgaben in den nächsten drei Jahren.

Darüber hinaus haben sich die Mitglieder der Landesgruppe viele weitere Ziele gesteckt. Vor der Bundestagswahl hatten wir mit unserem „*Schleswig-Holstein Fenster*“ zum Regierungsprogramm der CDU/CSU unsere Leitlinien der zukünftigen Tätigkeit der Landesgruppe im Deutschen Bundestag formuliert. Nach einem Jahr wollen wir eine erste Bilanz ziehen und unsere weiteren Vorhaben darstellen. Dafür berichten die Mitglieder im Folgenden über ihre Arbeitsbereiche, darüber, was sie bis jetzt erreicht haben und was sie sich für den Rest der Wahlperiode noch vorgenommen haben.

Ihr Ole Schröder
(Landesgruppenvorsitzender)



Deutschland ist eine traditionsreiche Kulturnation. Kultur lehrt, schafft Lebensfreude und gibt uns die Kraft Krisen zu überwinden. Doch unsere Kultur ist bedroht. Durch Verfall ihrer Denkmäler oder Schließung von Theatern. Bei der Kultur wird als Erstes gespart. So darf es nicht weitergehen! Als direkt gewählter Abgeordneter von Flensburg/Schleswig mit mittlerweile 23 Jahren Parlamentserfahrung habe ich als Sprecher für Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mitbewirkt, dass der Bund in der Kulturförderung mit gutem Beispiel vorangeht. Und nicht nur dort: Auch die Neuen Medien und den deutschen Film, dem ich mich als Präsidiumsmitglied der Filmförderanstalt eng verbunden fühle, konnten wir in Berlin an die Herausforderungen der Zeit anpassen oder durch Förderung stützen:



Kulturhaushalt 2010 – Die Union hält Wort!

Zum fünften Mal in Folge wird der Kulturhaushalt auch in diesem Jahr erhöht, und zwar um 17 Millionen Euro auf 1,16 Milliarden Euro. Damit ist der Kulturhaushalt in der Regierungszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel, MdB insgesamt um 10,14 Prozent gestiegen. Angesichts der wirtschaftlich schwierigen Situation ist diese Erhöhung ein unübersehbares Signal für Länder und Kommunen. Mit Einschnitten in die Kulturetats saniert man keine Haushalte. Wir dagegen stehen zu unserem Wort: Investitionen in unsere Kulturlandschaft sind für uns Investitionen in unsere Zukunft.

Allein die Erhöhung um 11 Millionen Euro für die Stärkung der kulturellen Einrichtungen und die Erhöhung um 435.000 Euro für die Förderung deutscher Künstler in unserem Land verdeutlicht dies unanfechtbar: Der Bund steht nach wie vor zu seiner föderalen Verantwortung im Kulturbereich! Dies kann gerade im Zuge der nicht enden wollenden Forderungen nach einem sogenannten Nothilfefonds nicht genug bekräftigt werden.

Bei den Ausgaben für den Kulturbereich handelt es sich um vergleichsweise kleine Summen mit umso größerer Wirkung. Deshalb unterstützen und bekräftigen wir den Appell des Kulturstaatsministers Bernd Neumann, MdB an die Kommunen, bei den Kulturausgaben nicht zu kürzen. Kürzungen im Kulturhaushalt zahlen sich kurz- und langfristig nicht aus! Sie schaden aber dem einzigartigen und vielseitigen Kulturleben in unserem Land.

Erfolgreiche Filmförderung / Wirtschaftsfaktor Film

Die Filmförderung Hamburg – Schleswig-Holstein feiert in diesem Jahr nicht nur ihr 30-jähriges Bestehen, sondern auch ein besonders erfolgreiches Jahr 2009: Mit rund 11,7 Mio. Euro wurden insgesamt 163 Filmprojekte gefördert, darunter Lars Jessens neue schwarz-humorige Komödie „Hochzeitspolka“ oder der Familienfilm „Hier kommt Lola“. Der Schwerpunkt der Förderungen lag bei den Filmproduktionen, aus deren Mitteln 64

Filme entstanden sind. So wurde Roman Polanskis Zwei-Millionen-Produktion „Ghost Writer“, die auf Sylt spielt und damit für das internationale Renommee förderlich ist, mit 200.000 Euro gefördert.

450 Drehtage sind die Bilanz der geförderten Filme, die damit einen längst anerkannten Wirtschaftsfaktor darstellen. Denn was in die Filmförderung investiert wird, fließt doppelt so hoch zurück. So flossen für die 9,5 Mio. Euro Produktionsförderung im vergangenen Jahr rund 20 Mio. Euro oder 210 Prozent an Schleswig-Holstein und Hamburg zurück. Der Vorteil für die Regionen ist nicht nur, dass die Hotels, Catering-Betriebe oder Autovermietungen von den Drehteams profitieren, sondern dass die Region sichtbar und erlebbar wird. Filme wie „Die Schimmelreiter“ oder „Soul Kitchen“ sind dafür beste Beispiele und werden mittlerweile auch in Italien, Frankreich und Spanien gerne gesehen. Um dieses Sichtbarmachen der regionalen Besonderheiten und Schönheiten zu verbessern, muss die Zusammenarbeit mit den lokalen Tourismusverbänden intensiviert werden. Sie sind die Fachleute vor Ort und wissen, wo es bei uns am reizvollsten ist. Schleswig-Holstein wäre daher gut beraten, die Filmförderung als wichtigen Wirtschaftsfaktor stärker zu unterstützen. Dies gilt auch für die Abspielstätten, denn der Erfolg eines Filmprojekts wird erst im Kino messbar. Der mit 27.500 Euro dotierte Kinopreis, den das Land im vergangenen Jahr nach zehn Jahren wiederbelebt hat, gehört dazu. Diese wichtige Initiative darf nicht wieder einschlafen.

Mit dem uneingeschränkten Willen Politik für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auch auf Bundesebene zu gestalten, habe ich mein Hobby zum Beruf gemacht. Seit fast einem Jahr bin ich als ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und im Bundesfinanzierungsgremium tätig.

Dieses Gremium beschäftigt sich mit Fragen der Kreditfinanzierung des Bundes, sowie dem Teilnehmungsmanagement des Bundes.

Im April 2010 erweiterte sich mein Aufgabengebiet. Das Bundesministerium der Finanzen hat mich in den Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben berufen.



Eine solide Haushaltspolitik - nicht zuletzt für unsere nachfolgenden Generationen - steht für mich im Fokus.

Als Hauptberichterstatter des Einzelplans 08 „Bundesministerium der Finanzen“ konnte ich im Frühjahr in den Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 unter anderem in den Bereichen Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens, Bundeszollverwaltung und Bundesimmobilienangelegenheiten Akzente setzen. In mein Aufgabenfeld der Hauptberichterstattung fällt zudem der Bereich der finanziellen Abwicklung der Wiedergutmachung des Bundes. Ich habe gemeinsam mit meinem FDP-Kollegen eine Gesetzesinitiative angefertigt, die sich bewusst auf die noch offenen Alteigentümergefälle von Enteignungen in der Zeit von 1945-1949 beschränkt, um somit dem Wiedergutmachungsgedanken Taten folgen zu lassen und die Koalitionsvereinbarung umzusetzen.

Gemeinsam mit meinen Kollegen aus der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir es geschafft, einen Schritt in Richtung Haushaltskonsolidierung zu gehen, in dem wir in den Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 die Neuverschuldung von rund 86 Mrd. € auf rund 80,2 Mrd. € senken konnten. Um so erfreulicher ist es, dass aufgrund der besseren Wirtschaftsentwicklung sowie einiger Sondereffekte wie z.B. der Versteigerung der UMTS-Frequenzen die Neuverschuldung 2010 von geplanten rund 80,2 Mrd. € voraussichtlich unter die 60 Mrd. € - Marke fallen dürfte. Ich warne jedoch eindringlich davor, einen Fehler zu wiederholen, der in den letzten Jahrzehnten zum drastischen Anstieg der Verschuldung geführt hat: Nämlich aufgrund temporärer Mehreinnahmen strukturelle, also dauerhafte Mehrausgaben zu beschließen! Der richtige Weg ist durch Haushaltsdisziplin nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Diesen Weg geht die Bundesregierung. Allein für das Jahr 2011 hat die Bundesregierung ein Einsparvolumen von rund 11 Mrd. € vorgesehen, davon über die Hälfte auf der Ausgabenseite.

Im Verlauf der Haushaltsberatungen zum Bundeshaushalt 2011 werde ich weitere Vorschläge zum Subventionsabbau und zum Verkauf von Bundesunternehmen mit meinen Haushaltskollegen diskutieren.

Im Frühjahr/Sommer 2010 war der Haushaltsausschuss zudem bei den Gesetzesvorlagen zum sogenannten Griechenland-Hilfspaket und zur Euro-Stabilisierung (EURO-Rettungsschirm) federführend. Hier haben wir tunlichst darauf geachtet, dass die Hilfen an Sparprogramme gekoppelt sind, unter EU- und IWF-Aufsicht erfolgen und der Haushaltsausschuss regelmäßig unterrichtet wird.

Stellvertretend bin ich im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages tätig, dessen Arbeit eine sehr gute Schnittstelle zu meiner Haupttätigkeit im Haushaltsausschuss ist.

Meine Hauptbetätigungsfelder in der laufenden Legislaturperiode sind folgende:

Zukunft der Bundeswehr

Die Bundeswehr steht vor großen Veränderungen, die in erster Linie aus sicherheitspolitischen Gründen, aber auch vor dem Hintergrund solider Staatsfinanzen notwendig sind. Mit der CDU wird es keine Sicherheitspolitik nach Kassenlage geben. Für uns geht es um eine effiziente, moderne und nach den notwendigen Erfordernissen ausgerüstete Armee. Zur Diskussion stehen neben der Reduzierung der Truppenstärke auch die Neugestaltung des Wehrdienstes. Dazu werden mögliche Reformszenarien zur künftigen Gestaltung der Streitkräfte, sowie der zivilen Wehrverwaltung einerseits von einer Strukturkommission und andererseits im Bundesministerium der Verteidigung ausgearbeitet. Eingriffe werden in den nächsten Jahren in vielen Bereichen notwendig sein, um die Bundeswehr für ihre Aufgaben noch besser als bisher aufzustellen. Aussagen zu konkreten Veränderungen an einzelnen Standorten werden dabei erst dann möglich sein, wenn die erforderlichen Strukturanpassungen sorgfältig geprüft wurden. Es wird erst Mitte 2011 zu endgültigen Entscheidungen kommen. In meiner Funktion als Mitglied im Verteidigungsausschuss werde ich mich selbstverständlich mit größtem Engagement und ausgestattet mit den vielen Argumenten, die mich bereits jetzt aus den Bundeswehr-Standorten erreicht haben, für den Erhalt der in Schleswig-Holstein stationierten Einheiten einsetzen.



Untersuchungsausschuss

Zur Aufklärung der Vorfälle im afghanischen Kunduz und der von Oberst Klein befohlenen Bombardierung von zwei Tanklastzügen, hat der Bundestag einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, dem ich als Mitglied angehöre. Nach den Vernehmungen des ehemaligen Verteidigungsministers Dr. Jung, des jetzigen Ministers zu Guttenberg, Oberst Klein, des ehemaligen Generalinspektors Schneiderhan und ehemaligen Staatssekretärs Dr. Wiechert sind aus Sicht der CDU/CSU und FDP die Dinge aufgeklärt. Oberst Klein hat aus unserer Sicht richtig und zum Schutz seiner ihm unterstellten Soldaten gehandelt. Eigentlich müsste der Ausschuss mit dem Erstellen des Abschlussberichtes beginnen. Leider zögert die Opposition aus durchsichtigen Gründen die Beendigung der Arbeit hinaus und hat weitere 60 Beweisanträge und Zeugenvorladungen beantragt. Damit werden aus meiner Sicht Steuergelder verschwendet und unnützer Weise die Ausschussarbeit weit bis in das Jahr 2011 künstlich verlängert.

Verbesserung der Versorgung für verwundete und versehrte Soldaten

Mit dem Antrag "Verbesserung der Regelungen zur Einsatzversorgung" hat die CDU/CSU

Fraktion auf noch bestehende Lücken im geltenden Einsatz-Weiterverwendungsgesetz reagiert. Damit wird eine adäquate Versorgung für versehrte Soldaten auf Zeit, freiwillig länger dienende Wehrpflichtige und Reservisten bzw. ihre Hinterbliebenen sichergestellt. Des Weiteren soll an Posttraumatischen Belastungssyndrom erkrankten Soldaten der Nachweis der Verwundung ihrer Psyche erleichtert und die Bearbeitungszeiten für Wehrdienstbeschädigungsverfahren verkürzt werden.

Hinterlandanbindung beim Bau der Festen Fehmarnbelt-Querung

Der Staatsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark sieht vor, dass die Feste Fehmarnbelt-Querung bis zum Jahr 2018 fertiggestellt sein soll. Deutschland hat sich verpflichtet, die Hinterlandanbindung und die Elektrifizierung der Bahnstrecke Lübeck-Puttgarden vorzunehmen. Bis 2024 soll die Bahnstrecke zweigleisig ausgebaut werden.

Um regionale Interessen zu berücksichtigen, wurde aufgrund eines von mir initiierten Gesprächs im Bundesverkehrsministerium die schleswig-holsteinische Landesregierung in die Pflicht genommen, ein Raumordnungsverfahren (ROV) einzuleiten. Zusätzlich wurde auf Antrag der ostholsteinischen CDU Kreistagsfraktion eine Betroffenheitsanalyse in Auftrag gegeben.

Insbesondere der zuständige Parlamentarische Staatssekretär hat mehrfach deutlich gemacht, dass er sich tief in das Thema eingearbeitet hat und die Situation vor Ort kennt. So wird sichergestellt, dass das besondere Interesse der Kommunen sowie des Kreises Ostholstein an einem verträglichen Trassenverlauf bereits in einem frühen Planungsstadium eingebracht werden kann.

Maritime Wirtschaft

Die Schiffbauindustrie und die davon abhängigen Zulieferfirmen gehören zu den wichtigsten Wirtschaftsbereichen nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in allen Küstenbundesländern. Deshalb hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag das Ziel festgelegt, die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft in Deutschland zu stärken. In der Praxis bedeutet das die Sicherung von Aufträgen und die Förderung von technologischen Kernfähigkeiten. Neben der inhaltlichen Arbeit im Arbeitskreis Küste, der von Ingo Liebing, MdB geleitet wird, hat die Fraktion mit Eckhardt Rehberg, MdB einen Beauftragten für maritime Wirtschaft gewählt. Der Kollege Rehberg wurde von mir während einer Reise durch Schleswig-Holstein auf die besondere Problemlage der Fischerei hingewiesen. Weiterhin wurden die Probleme der für den Tourismus in Ostholstein wichtigen Yachthäfen thematisiert. Diese Investition in die Zukunft stellt sicher, dass bei anstehenden Entscheidungen die maritimen Interessen berücksichtigt werden.

Ich vertrete als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter den Wahlkreis 3, Steinburg/Dithmarschen-Süd/Bad Bramstedt im Deutschen Bundestag. Ich bin Obmann der CDU/CSU im Gesundheitsausschuss, stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss sowie im Ausschuss für Bildung und Forschung. Darüber hinaus wurde ich zum Beisitzer im Fraktionsvorstand der Union im Bundestag gewählt.



Im Zentrum meiner politischen Arbeit in Berlin steht auch in dieser Legislaturperiode die Gesundheitspolitik. Als Obmann bin ich intensiv in die Verhandlungen zur Gesundheitsreform eingebunden. Im Mittelpunkt der Reform steht zunächst die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), für die ein Defizit von elf Milliarden Euro für das Jahr 2011 prognostiziert wird. Hintergrund ist, dass die Gesundheitsausgaben für eine immer älter werdende Bevölkerung und aufgrund des medizinischen Fortschritts permanent weiter ansteigen. Dazu legte ich gemeinsam mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU, Jens Spahn, Sparvorschläge für alle Bereiche des Gesundheitswesens vor. Sie gewährleisten, dass die Finanzierung der Gesundheitsversorgung auf viele Schultern verteilt wird. Es wird verdeutlicht, dass die aktuellen Defizite in der GKV nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung ausgeglichen werden können.

Neben kurzfristig wirkenden Sparmaßnahmen sind langfristig wirkende Strukturmaßnahmen in der Gesundheitsversorgung notwendig. Das System muss an die Bedingungen angepasst werden. Es gilt trotz der sich verändernden Altersstrukturen eine hochwertige medizinische Versorgung nicht nur in den Ballungsgebieten, sondern auch im ländlichen Raum zu erhalten - gerade für das Flächenland Schleswig-Holstein ist das ein entscheidender Faktor.

Ein anderer Schwerpunkt meiner Arbeit ist die Politik für den Mittelstand. Als Mitglied im Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand und als Vorsitzender der Gesundheitskommission der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU sowie in meiner Funktion als Vizepräsident des Bundesverbandes Freie Berufe engagiere ich mich für die Belange des Mittelstandes. Intensive Gespräche bei den Informationsbesuchen in kleinen und mittleren Unternehmen sind eine wichtige Basis meiner Arbeit.

Als Mitglied im Umweltausschuss, als Vorsitzender des Arbeitskreises Küste, als stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik und als Mitglied und Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Tourismusausschuss stellen folgende Themen Schwerpunkte meiner Arbeit dar:



CCS

Seit dem 14.07.2010 liegt ein Referentenentwurf für ein nationales CCS-Gesetz vor, der vom Bundesumwelt- und Bundeswirtschaftsministerium gemeinsam erarbeitet wurde. Leider wird das geplante Gesetz in seiner jetzigen Ausgestaltung den politisch gemachten Zusagen und den zwischen den beiden zuständigen Ministerien getroffenen Vereinbarungen nicht gerecht. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die von Schleswig-Holstein geforderte Aufnahme einer Länderklausel, die jedem Bundesland die Möglichkeit geben soll, eine Speicherung von CO₂ auf seinem Gebiet auszuschließen. Auch die Zusage, das Gesetz auf Forschungs- und Demonstrationsvorhaben zu beschränken, ist nicht konsequent eingehalten. Das gilt auch für die Zusage, Rechte der Grundstückseigentümer zu stärken. Im Herbst werden die parlamentarischen Beratungen stattfinden; hier gilt es, die schleswig-holsteinische Interessenlage durchzusetzen.

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Gemäß Koalitionsvertrag der christlich-liberalen Bundesregierung wird die nächste EEG-Novelle um ein Jahr auf den 1. Januar 2012 vorgezogen - die Vorarbeiten in Form der Erstellung eines EEG-Erfahrungsberichts haben bereits begonnen. Der Deutsche Bundestag will das Gesetzgebungsverfahren bis zur Sommerpause 2011 abschließen. Dieses Thema wird eine hohe Bedeutung für Schleswig-Holstein haben. Zum einen geht es um die Sicherung unserer Chancen in den erneuerbaren Energien, aber zum anderen auch darum, Maß zu bewahren und insbesondere die Akzeptanz einzelnen Energieformen nicht zu gefährden. Unabhängig von der anstehenden umfassenden EEG-Novelle erfolgte zum 1. Juli 2010 eine isolierte vorgezogene Änderung des EEG im Bereich der Photovoltaik, um unstrittige Überförderungen der Solarbranche abzustellen. Im parlamentarischen Verfahren konnte ich dazu beitragen, dass zu Gunsten seit langer Hand und im Vertrauen auf altes Recht geplanter Solar-Projekte ein für diese Unternehmungen relevanter Stichtag gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf vom 31.12.2009 auf den 25.03.2010 verschoben wurde. So konnte der Vertrauensschutz gestärkt und zahlreiche Projekte gerettet werden. Die zusätzliche Verschärfung der Degression war und ist angesichts der Überförderung zwingend.

Arbeitskreis Küste der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Zu Beginn der neuen Wahlperiode habe ich den Vorsitz des Arbeitskreises Küste von Wolfgang Börnsen MdB, übernommen. Der Küstenkreis, Zusammenschluss der 41 norddeutschen Bundestagsabgeordneten, trifft sich regelmäßig in den Sitzungswochen jeden Donnerstag. Der Küstenkreises berät gemeinsame norddeutsche Themen und entwickelt parlamentarische Initiativen. Er führt regelmäßig Gespräche mit Verbänden, Minister, Staatssekretären un der Fraktionsführung.

Wasserpolitische Themen

Als Mitglied des Umweltausschusses habe ich in Ergänzung zu meiner bisherigen Berichterstattungsfunktion in den Themenfeldern Gentechnik, Biozide, Umweltforschung, Nanotechnologie, Chemikalienpolitik und Meeresumweltschutz die Zuständigkeit für alle wasserpolitischen Themen übernommen. Hier geht es im wesentlichen um die Umsetzung der Föderalismusreform I, die dem Bund zusätzliche Rechte verliehen hat, die jetzt durch Verordnungen umgesetzt werden sollen.

Im Bereich Meeresumweltschutz habe ich zwei Beschlüsse des Bundestages initiieren können: Ein Beschluss zur Verbesserung und Fortführung des weltweiten Schutzes der Wale und ein Beschluss anlässlich der 11. Trilateralen Wattenmeerkonferenz auf Sylt, der die Bedeutung der Wattenmeer-Zusammenarbeit und die Listung des Wattenmeeres als UNESCO-Weltnaturerbe würdigt.

Bereich Kommunalfinanzen

Die dramatische Finanzlage der Kommunen in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch einer über Jahre andauernden Kostensteigerung bei Sozillasten, mit denen die kommunalen Einnahmen nicht Schritt halten, stellt einen Schwerpunkt unserer Arbeit dar. Die Regierungskommission zur Reform der Gemeindefinanzen hat einen ersten Zwischenbericht vorgelegt, wird ihre Arbeit aber bis November fortsetzen. Zielsetzung dieser Kommission unter Vorsitz von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ist es, die Finanzlage der Kommunen nachhaltig zu stabilisieren. Dabei geht es nicht nur um die Zukunft der Gewerbesteuer, sondern es wird auch die Aufgaben- und Ausgabenseite der Kommunalhaushalte unter die Lupe genommen. Dies gilt insbesondere für die in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Sozillasten. Im Beschluss des Bundeskabinettes ist vorgesehen, dass die Kommission einen einstimmigen Beschluss fassen soll. Da die Kommunen vollwertige Mitglieder der Kommission sind, bleibt eine konsensuale Lösung mit den Kommunen das Ziel.

Der Innenausschuss hat einen Unterausschuss Kommunalpolitik eingerichtet, in dem ich den stellvertretenden Vorsitz übernehmen werde.

Finanzierungsproblematik bei den nationalen Minderheiten

Als Mitglied in den Kontaktgremien zu den nationalen Minderheiten der Friesen, Dänen und der deutschen Nordschleswiger, unterstütze ich die Minderheiten in Schleswig-Holstein bei ihrer kulturell wichtigen Arbeit von politischer Seite. Außerdem bin ich als Vertreter des Bundes Vorstandsmitglied beim European Centre for Minority Issues (ECMI) in Flensburg. Bedingt durch die Sparzwänge wegen überschuldeter Staatshaushalte im Bund und im Land Schleswig-Holstein, muss auch bei den Mitteln für die Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet gekürzt werden. Allerdings würde durch die geplanten Kürzungen für die deutsche Minderheit fast die Existenzfrage stellen, denn allein die Rückführung der Bundesmittel um 1,5 Millionen Euro entspricht 50 Personalstellen, die der Bund Deutscher Nordschleswiger einsparen müsste. Die Folge wären Schließungen von Kindergärten und Schulen. Dies ist jedoch die Grundvoraussetzung dafür, dass eine nationale Minderheit auf Dauer Bestand haben kann. Daher setze ich mich zusammen mit den schleswig-holsteinischen Abgeordneten gemeinsam bei Bund und Land für eine Lösung dieser Problematik ein. Die notwendigen Sparbeschlüsse, die auch die Minderheiten nicht ausnehmen dürfen, dürfen jedoch nicht so weit gehen, dass die Erfolge der Minderheitenpolitik und das verbesserte deutsch-dänische Verhältnis insgesamt aufs Spiel gesetzt werden.

Als Mitglied im Bildungs- und Forschungsausschuss des Deutschen Bundestages möchte ich mit dazu beitragen, dass Deutschland zu einer **Bildungs- und Forschungsrepublik** wird. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir auf Bundesebene entschieden, trotz der schwierigen Haushaltslage keine Kürzungen in den Bereichen Bildung und Forschung vorzunehmen. Im Gegenteil – **bis 2013 werden wir zusätzlich 12 Mrd. € investieren**, um die Zukunft des Technologie- und Innovationsstandortes Deutschland zu sichern.



Neben der Einführung und Ausgestaltung eines **Nationalen Stipendienprogrammes** habe ich mich im Bildungsausschuss insbesondere für **mehr Existenzgründungen aus der Wissenschaft** eingesetzt. Hier sehe ich großen Handlungsbedarf, denn allein zwischen 2008 und 2009 ist die Zahl der Unternehmensgründungen im High-Tech-Bereich um 11% gesunken. Forschung, Entwicklung und Innovation sind die treibenden Kräfte einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Dafür brauchen wir noch mehr junge und technologiebegeisterte Unternehmen. Dieses führt zu einem weiteren wichtigen Thema, für das ich mich in Berlin engagiere: **die Finanzierung von Forschung und Entwicklung, vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)**. Derzeit wird ein Konzept diskutiert, wie wir insbesondere KMUs bei der Forschungsförderung steuerlich unterstützen können. Unser Land steht in einem harten Wettbewerb nicht nur mit unseren direkten Nachbarn in der EU, sondern auch mit Schwellenländern wie etwa Brasilien – von China und Indien ganz zu schweigen.

Im Spätsommer dieses Jahres wird das neue Energiekonzept des Bundes vorgestellt. Der Bereich **Energieforschung**, für den ich im Forschungsausschuss der zuständige Berichterstatter bin, wird dabei eine zentrale Rolle einnehmen. Der Ausbau Erneuerbarer Energien bietet gerade für uns große Chancen: Schleswig-Holstein wird in absehbarer Zeit mehr Strom aus regenerativen Energieträgern erzeugen, als im Land verbraucht wird. Um die überschüssige Energie effizient in andere Bundesländer transportieren zu können, müssen wir intelligente Netze aufbauen und im Bereich Energiespeicherung verstärkt forschen. **Wir in Schleswig-Holstein sollten hier eine Vorreiterrolle einnehmen.**

Insgesamt hat sich die **Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein weiter verbessert** – u.a. durch die Ansiedlung eines neuen Fraunhofer-Instituts in Lübeck. In keinem anderen Land sind forschungsorientierte Unternehmen so erfolgreich wie bei uns in Schleswig-Holstein. Wir müssen unsere Bemühungen hier weiter verstärken, **damit in Zukunft noch mehr Forschungsergebnisse zu neuen Produkten und zu neuen Unternehmungen führen**. Das schafft zusätzliche Arbeitsplätze und stärkt unseren Technologiestandort.

Neben meiner Funktion als Bundestagsabgeordneter wurde ich in dieser Wahlperiode zum Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesinnenministerium ernannt. Eine Aufgabe, die ich mit Freude aber auch Respekt übernommen habe, denn seit Anfang der 90er Jahre war kein CDU-Abgeordneter aus Schleswig-Holstein Teil der Bundesregierung. Das Amt ist für mich schon deshalb ein bedeutender Vertrauensbeweis. Gerade im Bundesinnenministerium liegen wichtige Gestaltungsfelder. Hier entscheidet sich maßgeblich die gesamte „Verfasstheit des Inneren“ und damit unser gesellschaftliches Miteinander. Die Aufgaben die ich mit meinem Amt übernommen habe, sind deshalb breit gestreut. Die Felder reichen von Migration, über EU-Angelegenheiten, die öffentliche Sicherheit, den Katastrophenschutz bis hin zum Verfassungsrecht.



Ein wichtiger Schwerpunkt in dieser Wahlperiode ist außerdem der Datenschutz. Nach intensiven Verhandlungen haben wir gemeinsam mit dem Arbeits- und dem Justizministerium Mitte dieses Jahres einen Gesetzentwurf zum Beschäftigungsdatenschutz vorgelegt. Angemessene Regelungen zu finden, die sowohl Arbeitnehmer- als auch Arbeitgeberinteressen ausreichend berücksichtigen, war eine große Herausforderung. Auf der einen Seite ist der Arbeitgeber verpflichtet, die Arbeitsleitung des Mitarbeiters zu kontrollieren. An der Kontrolle der Arbeitszeit durch eine Stechuhr oder elektronische Chipkarten findet keiner etwas unanständiges. Aber bedeutet dies auf der anderen Seite auch, dass der Arbeitgeber den Mitarbeiter am Arbeitsplatz überwachen lassen kann, indem er Privatgespräche protokolliert? Darf er sich über die Krankheiten des Arbeitnehmers informieren, um Fehlzeiten zu verhindern? Bis jetzt gab es keine klare gesetzliche Regelung hierzu. Das wird sich nun endlich ändern. Denn selbstverständlich müssen auch am Arbeitsplatz das Recht auf Privatsphäre und der Schutz der eigenen Daten bestehen bleiben, die Kontrolle muss für den Arbeitnehmer transparent sein. Aus diesem Grund wird zum Beispiel die heimliche Überwachung mit Videokameras untersagt oder das Sammeln von Daten nur unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt. Der Mitarbeiter weiß damit, was sein Arbeitgeber über ihn weiß und was nicht. Wie bei allen Bereichen in den es um Datenschutz geht, gilt es aber auch hier die Balance zu wahren. Die Bekämpfung von Straftaten und schwerer Pflichtverletzungen muss auch weiterhin mit Daten der Beschäftigten möglich sein.

Das Waage zu halten zwischen dem Schutz von Daten und dem öffentlichen Sicherheitsinteressen macht es auch auf anderen Felder nicht leicht, gesetzliche Regelungen zu finden. Dies hat sich unter anderem in der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung gezeigt, die bis zum Aussetzen der Datenspeicherung durch das Bundesverfassungsgericht

geführt hat. Die Arbeit der Sicherheitsbehörden wird ohne diese Form der Speicherung in vielen Bereichen unmöglich gemacht. Straftaten im Internet wie Kinderpornographie, wo vergewaltigte Kleinkinder zur Schau gestellt werden oder der Missbrauch von Online-Banking, können häufig nur durch relevante Verbindungsdaten verfolgt werden können, da es keine anderen Anknüpfungspunkte bei der Verfolgung gibt. Bei der Verwendung von Flatrates werden die Adressen durch den Kommunikationsanbieter aber gar nicht mehr gespeichert. Eine neue rechtliche Grundlage wird deshalb derzeit im Innenministerium vorbereitet.

Datenschutzrechtliche Probleme ergeben sich heute außerdem durch den rasant zunehmenden Umfang von Daten im Internet. Welche Daten dürfen dort veröffentlicht werden und welche nicht, dürfen ganze Straßen und Häuserreihen mit einem Klick sichtbar sein? Dies sind entscheidende Fragen die wir im Laufe dieser Wahlperiode diskutieren und beantworten werden.

Aber auch die Kriminalität außerhalb des Internets stellt uns vor neue Aufgaben. Die Gewalt gegen Polizisten ist in den letzten Jahren massiv angewachsen. Besonders Körperverletzungen und Widerstandsdelikte gegenüber Polizeikräften haben vor allem durch Angehörige der linken Szene deutlich zugenommen. Die Hemmschwelle sinkt dabei immer weiter, wie der gezielte Sprengstoffanschlag von Linksextremisten gegen Polizeibeamte in Berlin gezeigt hat. Insbesondere von Teilen der Linken wird Gewalt immer wieder relativiert und sogar als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung angesehen. Solche Formen der Gewalt dürfen nicht verharmlost werden sondern müssen härter bestraft werden.

Den Einsatz von Polizisten zu unterstützen ist aber nicht nur eine nationale Aufgabe. Als Staatssekretär beim Bundesminister des Innern trage ich auch die Verantwortung für die internationalen Einsätze unserer Polizeibeamten. Bei einem ersten Besuch in Afghanistan konnte ich mich von der Arbeit unserer Polizeibeamten vor Ort überzeugen. Insbesondere im Hinblick auf den zivilen Aufbau des Landes und die mittelfristige Übergabe der Sicherheitsverantwortung von den ausländischen Truppen in afghanische Hände ist der Einsatz der Polizei dort von großer Bedeutung.

Eines der größten Zukunftsthemen in Deutschland ist die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Jedes dritte Kind, das in Deutschland geboren wird, hat einen Migrationshintergrund. Zur gelungenen Integration gehört vor allem die Bereitschaft der Migranten sich hier anzupassen. Wichtig ist dabei eine differenzierte Betrachtung der verschiedenen Migrationsgruppen. Insbesondere bei Migranten mit muslimischem Hintergrund gibt es spezifische Integrationsprobleme die wir nicht einfach hinnehmen kön-

nen. Zwangsverheiratungen und der „Import“ von Bräuten nach Deutschland sind nur zwei Beispiele dieser Probleme. Aus diesen Gründen haben wir die Deutsche Islamkonferenz ins Leben gerufen. Hier geht es darum sich gemeinsam mit Vertretern der Muslime in Deutschland über Besonderheiten bei der Integration dieser Migrantengruppe auseinanderzusetzen.

In der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages liegt der Schwerpunkt meiner politischen Arbeit insbesondere in der Entwicklung leistungsstarker und zentraler Verkehrsinfrastrukturprojekte, deren Realisierung den besonderen Standortvorteil Schleswig-Holsteins nutzen und herausragende innovative und wirtschaftliche Impulse nicht nur für Deutschland, sondern den gesamten nordeuropäischen Raum ermöglichen wird. Hier kommt es darauf an, baureife oder im Bau befindliche infrastrukturelle Maßnahmen im Lande zeitgerecht fortzuführen und fertigzustellen.



Durch eine stufenweise Altersanpassung und eine anspruchsvollere Fahrausbildung ist beabsichtigt, im Rahmen eines Antrages der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Erwerb von Zweiradführerscheinen die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Ebenso sind Gespräche bezüglich der Reform und Vereinfachung des im Flensburger Verkehrszentralregister geführten Punktesystems aufgenommen worden. Hier erwarten wir 2012/2013 erste Umsetzungsergebnisse.

Im Bereich Bauen habe ich an der Schaffung von Investitionsanreizen für Maßnahmen der alters- und behindertengerechten Anpassung von bestehenden vermieteten und selbstgenutzten Wohngebäuden mitgewirkt. Die Förderung erfolgt im Programm „Wohnraum modernisieren – Altersgerecht umbauen“ durch Darlehen, bei denen die Zinsbelastung aus Mitteln des Bundes gemindert wird. Für eine Verstetigung sind im Haushalt 2010 80 Mio. € vorgesehen, weitere 80 Mio. € für den Haushalt 2011. Das bereits bestehende CO²-Gebäudesanierungsprogramm wurde bis 2011 auf jährlich 1,5 Mrd. € aufgestockt.

Hinsichtlich des Wohngeldes wurde die im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes vorgeordnete Regelung auf die Streichung der Heizkostenkomponente beschränkt. Die geplante Regelung entlastet den Bundshaushalt um ca. 100 Mio. € und belässt das originäre Wohngeld in seiner ursprünglichen Form.

Im Rahmen meiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Petitionsausschusses setze ich mich verstärkt für die zeitnahe und umfängliche Aufarbeitung des durch die Bundestagswahl entstandenen Bearbeitungsstaus von Petitionsakten ein. Dies ist mittlerweile sehr gut gelungen.

Mit Beginn der neuen Wahlperiode im Deutschen Bundestag war klar: Auf den Ausschuss für Arbeit und Soziales warten eine Vielzahl von Problemen, die gerade in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise auf dem Arbeitsmarkt dringend gelöst werden müssen. Insbesondere die durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 2007 notwendig gewordene Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeit – eine Mammutaufgabe – stand unter erheblichem Zeitdruck. So zeichnete sich am Anfang dieses Jahres noch eine Lösung jenseits des Grundgesetzes ab. Nach jahrelangen schwierigen Verhandlungen mit der SPD gab es Ende März schließlich eine Einigung zwischen CDU/CSU, FDP und SPD



über eine Fortführung der bewährten Jobcenter und der Optionskommunen. Bundestag und Bundesrat haben anschließend im Juni und Juli mit großer Mehrheit eine Grundgesetzänderung beschlossen, die die „Hilfe aus einer Hand“ für Hilfebedürftige auf eine sichere Grundlage stellt. Dieser fraktionsübergreifende Kompromiss ist ein Meilenstein für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen und ein wichtiges Zeichen für unsere parlamentarische Demokratie.

Darüber hinaus hat sich der Ausschuss für Arbeit & Soziales mit der Neuberechnung der Hartz IV-Regelsätze, die uns das Bundesverfassungsgericht Anfang Februar dieses Jahres aufgegeben hat, der Zeit- bzw. Leiharbeit sowie mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes beschäftigt. Nach der Sommerpause werden wir uns neben diesen Themen auch mit den Hinzuverdienstgrenzen für Hartz IV-Empfänger sowie dem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes zur Tarifeinheit befassen.

Die Arbeit des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat durch den Vertrag von Lissabon spürbar an Bedeutung gewonnen. Dieser Vertrag, der in politischen Kreisen auch Parlamentsvertrag genannt wird, hat deutlich die Stellung der nationalen Parlamente gestärkt. Nicht allein als Rechtsnorm sichert der Vertrag den Abgeordneten mehr Einfluss, es kommt vorwiegend auf die Abgeordneten an, von ihren neuen Rechten Gebrauch zu machen. Die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“ stand vielfach auf der Agenda des EU-Ausschusses. In einem von mir initiierten Koalitionsantrag zu diesem Thema haben die Fraktionen von CDU/CSU und FDP die neue europäische Reformstrategie einschließlich der Ziele zur ihrer Umsetzung in der Klimapolitik, bei Bildung und Forschung oder auch bei der Armutsbekämpfung unterstützt. Zugleich forderten wir eine qualitative Verbesserung, die Anwendung geeigneter Prüfindikatoren und die Beachtung des Subsidiaritätsgebotes. Der Antrag diente nicht nur zur Unterstützung der Bundesregierung beim Europäischen Rat im Juni, auf dem die Strategie beschlossen wurde, sondern war zugleich Ausdruck der Wahrnehmung der neuen parlamentarischen Rechte des Bundestages in EU-Angelegenheiten.

Weitere Themen mit denen sich der Ausschuss intensiv beschäftigte, waren unter anderem die Verhandlungen über die Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes, die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Islands und die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, die Übergangsmaßnahmen zur Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, die Weiterentwicklung der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik sowie das umstrittene Thema der Griechenlandhilfen und des europäischen Stabilisierungsmechanismus.

Mitglieder der Landesgruppe



Bild von links: Ingbert Liebing, Dr. Ole Schröder, Dr. Philipp Murmann, Ingo Gädechens, Dr. Rolf Koschorrek, Norbert Brackmann, Dr. Johann Wadehul, Wolfgang Börnsen, Gero Storjohann

IMPRESSUM

Landesgruppe Schleswig-Holstein
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Vorsitz: Dr. Ole Schröder
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030/227 71 082
E-Mail: lg-sh.cdu@bundestag.de

Diese Veröffentlichung der CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

